

Protokoll über die 18. Sitzung des Kreisausschusses
am 16. März 2020

Beginn: 15:30 Uhr
Ende: 16:15 Uhr

Anwesende: Landrat, Herr Zanker
Jonas Urbach, CDU-Fraktion
Annette Lehmann, CDU-Fraktion
Andreas Henning, SPD-Fraktion
Iven Görbig, AfD-Fraktion
Karl-Josef Montag, Fraktion FW-UH
Jörg Kubitzki, Fraktion DIE LINKE

Verwaltung: Dorothea Demme, FBL 2
Heike Tschorn, Vergabestelle
Levinia Schwarz, FD Schulverwaltung

Schrifführer: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 16. Sitzung des Kreisausschusses vom 17.02.2020
- 5 Sanierung und Erweiterung der Dreifeldsporthalle Salza-Halle, Fliesenarbeiten
- 6 Sanierung und Erweiterung der Dreifeldsporthalle Salza-Halle, Schlosserarbeiten
- 7 Beschränkte Ausschreibung Nr. 012-2020-UHK: Erweiterung der Elektroanlage in der Staatlichen Gemeinschaftsschule Rodeberg OT Struth
- 8 Aussprache zum Bericht des Thüringer Rechnungshofes
- 9 Bericht des Landrates zur Landkreisinitiative "Herzlich grün - Lebensvielfalt zwischen Unstrut und Hainich"
- 10 Sonstiges

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit sieben anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Der Landrat gab bekannt, dass die Verwaltung aufgrund der aktuellen Situation den TOP 09 – Bericht zur Landkreisinitiative „Herzlich grün – Lebensvielfalt zwischen Unstrut und Hainich“ von der Tagesordnung nehme. Man werde in einer der nächsten Sitzungen entsprechend berichten.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Diese wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen bestätigt.

Zum TOP 04

Mit der Drucksache-Nr.: KA/064/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 16. Sitzung des Kreisausschusses vom 17.02.2020 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 16. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 17.02.2020 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/159-18/20.**

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/159/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Sanierung und Erweiterung der Dreifeldsporthalle „Salza-Halle“ in Bad Langensalza – Vergabe Sportfußboden – vor.

Der Landrat verwies auf die E-Mail vom 05. März 2020 an die Mitglieder des Kreisausschusses.

Wie hier bereits mitgeteilt, sind die Vergaben zur Salza-Halle unter TOP 05 und 06 falsch benannt. Richtig muss es heißen Sportfußboden (TOP 05) und Prallwand (TOP 06). Er bitte um Korrektur des Schreibfehlers.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Auftrag zur Erbringung der Leistungen – Einbau Sportfußboden - ergeht an die Firma Hoppe Sportbodenbau GmbH, Am Gründchen 5 in 01683 Nossen mit einem Kostenumfang in Höhe von 263.898,33 € brutto.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/160-18/20.**

Zum TOP 06

Mit der Drucksache-Nr.: KA/160/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Sanierung und Erweiterung der Dreifeldsporthalle „Salza-Halle“ Bad Langensalza, Vergabe Prallwand – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Auftrag zur Erbringung der Leistungen – Einbau Prallwand - ergeht an die Firma Karl Baum Innenausbau GmbH, Lange Umbrüche 1 – 5 in 72221 Haiterbach mit einem Kostenumfang in Höhe von 286.156,68 € brutto inkl. 2 % Nachlass.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/161-18/20.**

Zum TOP 07

Mit der Drucksache-Nr.: KA/158/2020 lag die Verwaltungsvorlage – Beschränkte Ausschreibung Nr. 012-2020-UHK: Erweiterung der Elektroanlage in der Staatlichen Gemeinschaftsschule Rodeberg OT Struth – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Urbach fragte nach dem generellen Stand der Brandschutzmaßnahmen an Schulen?

Der Landrat verwies auf die Übersicht die zum Haushaltsplan verteilt worden sei. Generell bestehe nach wie vor Nachholebedarf bei den Brandschutzmaßnahmen an Schulen. Allerdings benötige es von der Feststellung bis zur endgültigen Umsetzung auch entsprechender Zeit. Im Rahmen der Haushaltsdurchführung werde man weitere Maßnahmen realisieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Beschränkten Ausschreibung Nr. 012-2020-UHK: Erweiterung der Elektroanlage, TGS Rodeberg, gemäß § 3 Abs. 1 VOB/A i. V. mit dem Thüringer Vergabegesetz (ThürVgG) und der Thüringer Verwaltungsvorschrift zur Vergabe öffentlicher Aufträge (ThürVVöA), wird der Auftrag an die Firma ESA-Elektroservice GmbH, Henningsleber Hauptstr. 99, 99947 Bad Langensalza mit einer Auftragssumme inkl. Wartungskosten für 4 Jahre brutto i.H.v. 119.562,70 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/162-18/20**.

Zum TOP 08 – Aussprache zum Bericht des Thüringer Rechnungshofes

Der Landrat verwies auf den übergebenen Sachstand der Abarbeitung des Berichtes des Thüringer Rechnungshofes. Diesen Sachstand habe auch das Landesverwaltungsamt erhalten.

Frau Lehmann fragte, ob diese Zwischenberichte auch der Thüringer Rechnungshof bekomme?

Der Landrat antwortete, nicht vom Landkreis. Er wisse aber, dass das Landesverwaltungsamt dem Rechnungshof regelmäßig berichte. Der Landkreis erhalte hierzu aber keine Rückinformationen.

Frau Lehmann verwies darauf, dass es nicht zu allen Punkten einen neuen Abarbeitungsstand gebe.

Der Landrat erwiderte, dass man an allen Punkten arbeite. Auch finde zeitgleich ein Abgleich mit den Maßnahmen von Rödl & Partner statt. Ziel bleibe es weiterhin, die Ergebnisse im Sommer in den Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten. Aufgrund der aktuellen Situation müsse man sehen, ob dies noch realisierbar sei.

Herr Montag merkte an, dass die Form der einzelnen Prüfnummern des Rechnungshofsberichtes sehr umfangreich und nicht immer nachvollziehbar sei. Er wolle das an einem Beispiel erläutern:

Im Bericht Rechnungshof Punkt 4.9.1 Verfügungsmittel Landrat heiße es:

„Der Rechnungshof hat die Verwendung der Verfügungsmittel stichprobenweise geprüft. Die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Zahlungsanordnungen für die Verfügungsmittel hat die Verwaltung teilweise ohne die notwendigen Belege und Rechnungen bestätigt.“

Der Landkreis schreibt in seiner Stellungnahme, dass man es geprüft habe und zukünftig einen verantwortungsbewussten Umgang sicherstellen werde.

Hieraus ist nicht ersichtlich, um welchen Umfang es sich handele, um wie viele Belege es eigentlich gehe. Hier müsse nach den Ursachen gesucht werden. Wichtig wäre zu erfahren, warum Anordnungen ohne Belege erfolgt seien. Das müsste in die Abarbeitung einfließen.

Der Landrat führte aus, dass die Verwaltung dies auch nicht nachvollziehen könne. Aus seiner Sicht gebe es zu allen Buchungen auch Belege. Anders könne und dürfe dies auch nicht sein. Er werde ausführlich hierzu im Rechnungsprüfungsausschuss am 26.03. berichten. Hier könne man sich auch verständigen, in welchem Umfang die Aufarbeitung erfolgen solle. Auch er wolle Klarheit haben.

Frau Lehmann bezog sich auf Punkt 4.9.2 – Ausgaben in vorläufiger Haushaltsführung. Hier werde angemerkt, dass nicht in allen Fällen die Unabweisbarkeit begründet werden konnte.

Der Landrat erwiderte, dass die Verwaltung hierzu eine klare andere Auffassung habe. Verfügungsmittel stehen ab dem 01.01. zur Verfügung, da auch die Ereignisse, für die diese Mittel ausgegeben werden, ab 01.01. eintreten. Diese Auffassung teilt auch das Landesverwaltungsamt.

Frau Lehmann entgegnete, dass dies beispielsweise bei Geburtstagsgeschenken oder Arbeitsbesuchen auch unstrittig sei. Hier gehe es eher um Zuwendungen an Vereine.

Der Landrat gab bekannt, dass die Mittel der Sparkasse meist bis zum 15.02. eingegangen seien. Davon erfolgen die Zuwendungen an die Vereine und auch erst ab diesem Tag.

Es gab keine weiteren Fragen.

- *Hinweis: Der TOP 09 wurde von der Tagesordnung genommen.*

Zum TOP 10 – Sonstiges

Herr Montag bat darum, dass in Zukunft nur noch die Sitzung stattfinden, wenn Vergaben auf der Tagesordnung stehen. Daher bitte er auch darum, die für den 26.03.2020 geplante Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses abzusagen.

Frau Lehmann legte Folgendes fest:

- Die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 26.03.2020 wird abgesagt. Die nächste Sitzung am 07.05.2020 findet nach jetzigem Kenntnisstand planmäßig statt. Der Bericht Soziales, der für diese Sitzung vorgesehen war, bleibt auf der Tagesordnung. Das Kreistagsbüro wird alle Ausschussmitglieder per Mail informieren.
- Der für den 27.04.2020 geplante Haushalts- und Finanzausschuss wird verschoben. Ein neuer Termin wird abgesprochen. Das Kreistagsbüro wird alle Ausschussmitglieder per Mail informieren.

Herr Montag fragte, ob man die Sitzungen des Kreisausschusses zu Vergaben auch im Rahmen einer Telefonkonferenz abhalten könne?

Der Landrat wird dies rechtlich prüfen lassen.

Der Landrat informierte über den aktuellen Stand der Inanspruchnahme des Kassenkredites per 13.03.2020:

- Saldierte Inanspruchnahme Kassenkredit - 7.350.702,79 EUR

Rückständige Kreisumlage per 26.02.2020

<i>Gemeinde</i>	<i>Betrag</i>	<i>Fälligkeit</i>
Bad Langensalza	110.190,08 EUR	06/2009 (Rechtsstreit anhängig)

Bei der Schulumlage gebe es keine Rückstände.

Der Landrat gab folgende aktuellen Informationen zum Corona-Virus:

- über die Allgemeinverfügungen wird laufend im Internet informiert
- ab morgen sind alle Schulen und Kitas geschlossen, einschließlich Turnhallen
- am Freitag gab es eine Bürgermeister-Dienstberatung, voraussichtlich wird es in dieser Woche noch eine geben
- am heutigen Tag ist der erste positive Fall im UHK aufgetreten
- mehrere Personen im UHK stehen bereits unter Quarantäne
- wenn die häuslichen Strukturen es zulassen, kann die häusliche Quarantäne angeordnet werden
- der Kreis prüft Wohnungen und Hotels / Pensionen anzumieten, sollten sich die Quarantänefälle häufen
- die Verwaltung führt nur noch die dringend notwendigen Arbeiten aus, alle abkömmlichen Mitarbeiter sind mit Aufgaben im Zusammenhang mit dem Corona-Virus betraut
- es wurde eine Telefonhotline geschaltet, an die sich die Bürger wenden können
- das Notfallzentrum nimmt heute seine Arbeit auf
- der Betrieb im Kinderheim wird aufrechterhalten
- man müsse tagaktuell auf die auftretenden Probleme reagieren

Herr Urbach fragte, ob die Betroffenen die Zahlung von Hort- und Kita-Gebühren aussetzen können?

Der Landrat verneinte. Man empfehle abzuwarten und die Zahlungen zu leisten. Am Ende der Schulschließung, wenn auch der genaue Zeitraum bekannt sei, werde eine Verrechnung erfolgen. Hierzu habe es auch einen Eltern-Infobrief gegeben.

Er habe heute alle betroffenen Mitarbeiter schriftlich aufgefordert, anhand eines Vordruckes, nachzuweisen ob der Bedarf der Notbetreuung der Kinder bestehe.

- **Festlegung:**
Das Schreiben ergeht als Muster an alle Bürgermeister.

Herr Kubitzki merkte an, dass der Internetauftritt des Landkreises zum Corona-Virus sehr aktuell, übersichtlich und informativ sei. Man finde alle wichtigen Informationen.

Aufgrund der Schulschließungen habe er Integrationshelfer zur Verfügung. Falls hier Bedarf bestehe, könne man sich an ihn wenden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Zanker
Landrat